

Analyse

Steixner steckt in einer doppelten Zwickmühle

Von Peter Nindler

Eigentlich wäre alles ganz einfach: Die Gemeinden erhalten die ihnen zustehenden gewerblichen Einnahmen der Gemeindegutsagargemeinschaften, die Agrarier können ihre agrarischen Tätigkeiten weiter fortsetzen, die ihnen niemand streitig macht. Und offene Fragen müssen noch die Höchstgerichte klären. Denn eines hat der Verfassungsgerichtshof klargemacht: Trotz der offenkundig verfassungswidrigen Übertragungen von Gemeindegut in den Fünfziger- und Sechzigerjahren werden die Gemeindegutsagargemeinschaften wirtschaftlich nicht in Frage gestellt.

Die Einzigen, die jedoch etwas anzweifeln, sind einige unbelehrbare Agrarfunktionäre, indem sie den Gemeinden ihre Rechte und die nichtagrarischen Erlöse absprechen. Sie stellen sich gegen die Höchstgerichte, die Landesregierung und letztlich auch gegen ihre politische



Lesen Sie dazu mehr
auf Seite 4

peter.nindler@tt.com

Interessenvertretung: den ÖVP-Bauernbund. Der Bauernbund tut sich sichtlich schwer mit dieser Situation und wählt deshalb die „Sowohl-als-auch-Strategie“. Der Mittelweg soll die Geschlossenheit in den eigenen Reihen wiederherstellen. Doch das funktioniert schon lange nicht mehr: Der Kompromiss ist den Hardlinern unter den Agrarfunktionären zu viel und den Gemeinden zu wenig.

Den bockigen Agrargemeinschaftsfunktionären geht es lediglich um das Bewahren von Besitzständen, obwohl die Höchstgerichte diesem Denken bereits mehrmals die Grundlage entzogen haben. Die Gemeinden fordern endlich Verteilungsgerechtigkeit.

Bauernbundobmann LHStv. Toni Steixner (VP) steckt deshalb eineinhalb Jahre vor der Landtagswahl in einer doppelten Zwickmühle: im Bauernbund und in der ÖVP. Denn Steixner muss das Agrargemeinschaftsthema, von dem nur die Opposition profitieren würde, aus dem Landtagswahlkampf verbannen und gleichzeitig die Einheit unter den Bauern bewahren. Für diesen Spagat muss er wohl den Verlust einiger widerspenstiger Agrarier in Kauf nehmen. Schließlich will die Mehrheit der Bauern endlich Ruhe haben – und das zu Recht.

Anmerkung:

Die "Sowohl als auch"-Strategie kann nicht aufgehen. Ebenso wenig wie "ein bisschen schwanger". Täter werden erst wieder glaubwürdig, wenn sie das Unrecht bekennen und die Wiedergutmachung ohne Abstriche durchführen. Unter dem Motto "naja, so schlimm war es doch gar nicht, ein bisschen Substanz dürfen sich die Agrarier schon behalten, die Jagdpacht zum Beispiel, da gibt es ja auch ein Gutachten vom Weber, ein paar Amtsgutachten von den Forstinspektionen, der Überling ist sowieso nur eine Erfindung vom Schöpf, die Gemeinden dürfen ohnehin bei der Agrarbehörde reklamieren, etc." wird das nicht gehen. Die Glaubwürdigkeit des Bauernbundes als staatstragende politische Landesvertretung kann so nicht wieder aufgerichtet werden.